



**Dr. Stefan Kaufmann**

17/2014  
10.11.2014

## Brief aus Berlin

**CDU**

### Liebe Leserinnen und Leser,

am Sonntag vor 25 Jahren fiel die Berliner Mauer. In der Hauptstadt hat eine Lichtgrenze aus mehreren tausend weißen Ballons an den ehemaligen Mauerverlauf erinnert. Gerade für viele junge Menschen in unserem Land, die in einem freien, demokratischen und wirtschaftlich erfolgreichen Deutschland aufgewachsen sind, ist es kaum vorstellbar, was vor 25 Jahren noch Wirklichkeit war: dass Deutschland durch ein monströses Bauwerk geteilt war. Dass nun die Erben seiner Erbauer auf bestem Wege sind, in Thüringen Regierungsverantwortung zu übernehmen, schmerzt mich. In diesem Jahr, das durch zahlreiche Krisen – auch an unseren europäischen Außengrenzen – geprägt ist, blicken wir in Dankbarkeit auf das, was vor 25 Jahren erreicht wurde: Einheit durch Freiheit. Der Freiheitswille der Ostdeutschen hat uns in einer friedlichen Revolution ohne einen einzigen Schuss zur Einheit unseres Vaterlandes gebracht. Dass dies alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist, zeigen uns zahlreiche kriegerische Konflikte weltweit. Daraus erwächst für uns Deutsche auch eine Pflicht, weltweit für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung einzutreten. In Stuttgart habe ich – ebenfalls am Sonntag – bei einer Stunde der Erinnerung der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit mit dem Film „Das Ghetto von Riga“ der Deportation von über 1.000 Stuttgarter Juden am 1. Dezember 1941 nach Lettland gedacht. Auch für dieses leidvolle Gedenken an unsere Geschichte musste an diesem Wochenende Platz sein.

**In diesem Sinne grüßt Sie herzlich**

Ihr

### Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494  
Fax: 030/227-76228  
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:  
stefan.kaufmann@bundestag.de

## Bundestag erinnert an Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren



Liedermacher und Lyriker Wolf Biermann bei seinem musikalischen Vortrag, © Deutscher Bundestag / Achim Melde

**Berlin** – Am vergangenen Freitagvormittag hat der Bundestag als Auftakt einer Reihe von Veranstaltungen bis zum Sonntag an den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 erinnert. Bundestagspräsident Norbert Lammert bezeichnete die Wiedervereinigung in seiner Ansprache als „Glücksfall der deutschen

Geschichte“ und machte mit Blick auf die jüngsten Demokratisierungsbewegungen deutlich, dass der glückliche Ausgang einer Freiheitsbewegung keiner Regel folge und nicht sicher sei. Für etwas Unruhe im Plenarsaal sorgten Bemerkungen des Liedermachers Wolf

Biermann, der zwar für einen musikalischen Beitrag eingeladen worden war, es sich aber nicht nehmen ließ, einige Worte zu sagen. Bevor er sein Lied „Ermutigung“, das in der damaligen DDR besonders bei Oppositionellen beliebt war, vortrug, sagte er zu den Abgeordneten der Linken: „Ihr seid verurteilt, das hier zu ertragen“ und „die hier

sitzen, sind der elende Rest dessen, was zum Glück überwunden ist“. In Filmsequenzen, die im Plenarsaal gezeigt wurden, wurden die Ereignisse vor 25 Jahren und die Bundestagsitzung in Bonn, als die Abgeordneten spontan die Nationalhymne angestimmt haben, noch einmal ganz präsent. Und so haben wir die Aussprache auch mit dem gemeinsam gesungenen Lied der Deutschen beendet. Bei aller Freude und Dankbarkeit über die Wiedervereinigung unseres Landes, die mit dem Fall der Mauer ihren Anfang nahm, ist es für mich doch ein großer Wermutstropfen, dass sich die Erben der SED nun anschicken, mit Hilfe von SPD und Grünen erstmals einen Ministerpräsidenten zu stellen. Ein Schlag ins Gesicht für Millionen Ostdeutsche, die unter dem SED-Regime gelitten haben.

## Steuerhinterziehung wird erschwert



© Christiane Lang

**Berlin** – Am Donnerstag, 6. November, hat Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble eine Regierungserklärung zu Steuerhinterziehung und Steuervermeidung abgegeben. Schätzungsweise 100 Milliarden Euro gehen dem deutschen Staat jedes Jahr durch Steuerhinterziehung verloren. Diese Mittel fehlen zum Beispiel für Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und die Infrastruktur. Deshalb wollen wir Steuerhinterziehung und Steuerflucht weiter erschweren. Als „wichtigen Schritt im Kampf gegen internationale Steuerhinterziehung“ bezeichnete der Bundesfinanz-

minister eine multilaterale Vereinbarung zum automatischen steuerlichen Informationsaustausch, die 50 Staaten und Jurisdiktionen am 29. Oktober in Berlin unterzeichnet haben. Der darin vereinbarte automatische Informationsaustausch sieht vor, dass Steuerbehörden in Deutschland und den anderen Vertragsstaaten ab 2017 Kontodaten von ausländischen Anlegern bei Banken zur Verfügung gestellt bekommen. Steuerhinterziehung werde damit unattraktiver, sagte Wolfgang Schäuble. Im Ausland lagernde Kapitalvermögen würden durch das Abkommen einer Besteuerung im Inland zugeführt. Geldströme ins Ausland könnten besser kontrolliert und Steuerflucht somit weiter eingedämmt werden. Weiter kündigte er an, dass sich bis zu 100 Staaten der Vereinbarung anschließen würden. Der Bundestag

muss der Vereinbarung noch zustimmen. Überdies werden wir ergänzend auf nationaler Ebene die Regelungen zur strafbefreienden Selbstanzeige im Steuerrecht erheblich enger fassen als bisher. So soll unter anderem die Grenze, bis zu der eine Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung straffrei bleibt, von 50.000 auf 25.000 Euro gesenkt werden. Der Bundesfinanzminister bezeichnete diese Verschärfung, die wir in erster Lesung beraten haben und die nun in den Ausschüssen vertieft diskutiert wird, als eine Frage von „Fairness und Gerechtigkeit in unserem Land“.

Die Erklärung zum automatischen Informationsaustausch finden Sie unter:  
<http://bit.ly/1smfb22>

Den Gesetzentwurf finden Sie ebenfalls im Internet:  
<http://bit.ly/1wBBzd2>

## Brief aus Berlin



### BAföG-Reform im Bildungsausschuss beraten – weitere Verbesserungen durchgesetzt

Berlin – Nach der ersten Lesung im Plenum des Bundestages haben wir uns am Mittwoch, 5. November, im Bildungsausschuss intensiv mit diesem wichtigen Reformvorhaben beschäftigt. Nach schwierigen Verhandlungen konnten wir uns auf weitere Verbesserungen für Schüler und Studenten verständigen. Alle weiteren umfangreichen Verbesserungen treten dann zum Wintersemester 2016/17 in Kraft: Anhebung der Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge um 7

Prozent, Erhöhung des Wohngelds auf 250 Euro monatlich,

men für die jungen Menschen in unserem Land von etwa 825 Mil-

in Schulen und Hochschulen ermöglicht! Das ist zukunfts-

**Im Einzelnen haben wir durchgesetzt, dass bereits zum 1. August 2015 folgende Punkte vorgezogen werden:**

1. Die Vorauszahlungen bei nicht kurzfristig zu bearbeitenden Erstanträgen werden auf 80 Prozent des jeweils voraussichtlich zustehenden Förderungsbetrags erhöht.
2. Die Förderung für Masterstudierende wird bereits ab einer zunächst nur vorläufigen Zulassung zum Studium unter Rückforderungsvorbehalt ermöglicht.
3. Der Anspruch auf Vorabentscheidung über die Förderungsfähigkeit eines geplanten Masterstudiums dem Grunde nach.
4. Die Streichung des Leistungsnachweises vor dem 3. Fachsemester.

orientierte Politik, über die ich mich als zuständiger Berichterstatter ganz besonders freue! Die intensive Arbeit an diesem Projekt, auch schon in der ver-

Anhebung des Vermögensfreibetrags, Anhebung des Kinderbetreuungszuschlags, Schließung der Förderlücke zwischen Bachelor- und Masterstudium, BAföG-Online-Antrag für alle und vieles mehr. Insgesamt ein Reformvolu-

tionen Euro jährlich. Insgesamt kommt damit eine große BAföG-Reform der CDU-geführten Bundesregierung, die – inklusive Entlastung der Länder – 2 Milliarden Euro jährlich kostet und dauerhaft zusätzliche Investition

gangenen Wahlperiode, hat sich wirklich gelohnt!

Einen Bericht zur ersten Lesung der Reform des BAföGs finden Sie im Brief aus Berlin 15/2014: <http://goo.gl/b9aSZr>

### Elterngeld Plus beschlossen



Berlin – In zweiter und dritter Lesung haben wir am Freitagmorgen, 7. November, das Gesetz zur Einführung des Elterngelds Plus beschlossen. Mit dieser Neuregelung wollen wir die Kombination von Elterngeldbezug und Teilzeitarbeit attraktiver gestalten. Für Elternpaare, die sich gemeinsam um ihr Kind kümmern und beide parallel zwischen 25 und 30 Stunden in Teilzeit berufstätig sind, erhalten einen Partnerschaftsbonus. Dieser besteht aus vier zusätzlichen Elterngeld-Plus-Monaten je Elternteil. Alleinerziehende können das Elterngeld Plus im gleichen Maße nutzen wie ein Paar. Die Elternzeit wird

flexibler: künftig können bis zu 24 Monate Elternzeit zwischen dem dritten und achten Geburtstag des Kindes genommen werden. Bislang konnten nur zwölf Monate Elternzeit in diesen Zeitraum verschoben werden. Eine Zustimmung des Arbeitgebers ist nicht mehr erforderlich. Damit Unternehmen sich rechtzeitig darauf einstellen können, wird die Anmeldefrist für die Elternzeit in diesem Zeitraum auf 13 Wochen erhöht. Mit dieser Flexibilisierung erleichtern wir einerseits den Wiedereinstieg in den Beruf und vermeiden andererseits, dass Eltern nach der Geburt eines Kindes lange Elternzeiten anmelden, nur um die Höchstdauer in Anspruch nehmen zu können.

Fragen und Antworten zu Elterngeld Plus und Partnerschaftsbonus hat das Bundesfamilienministerium hier zusammengetragen: <http://bit.ly/1sdJUxt>

### Erste #cnight im Konrad-Adenauer-Haus



Zusammen mit Mitgliedern der JU Baden-Württemberg bei der #cnight

Berlin – Ein zentrales Thema unserer Zeit ist die digitale Transformation. Mit der Digitalen Agenda hat die Bundesregierung hier einen zukunftsweisenden Plan erarbeitet. Auf der ersten #cnight in der CDU-Bundesgeschäftsstelle haben wir am Mittwochabend, 5. November, unter anderem mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU-Generalsekretär Peter Tauber, unseren Bundesministern Thomas de Maizière, Peter

Altmaier und Alexander Dobrindt und vielen Vertretern aus Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft über Chancen und Herausforderungen der digitalen Transformation diskutiert. Mit dabei im Konrad-Adenauer-Haus waren auch einige Vertreterinnen und Vertreter der Jungen Union Baden-Württemberg.

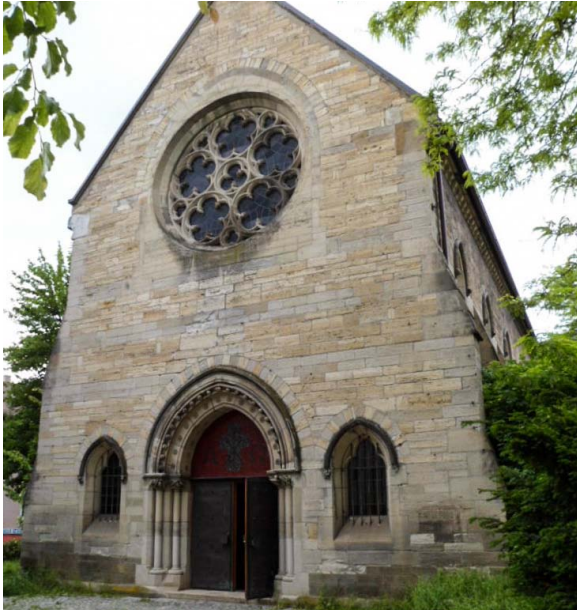
Einen Bericht zur Digitalen Agenda finden Sie im Brief aus Berlin 16/2014: <http://goo.gl/nv0rln>



Folgen Sie mir auf twitter!

Auf twitter finden Sie mich unter: [www.twitter.com/StefanKaufmann](http://www.twitter.com/StefanKaufmann)

### 50.000 Euro für die Katharinenkirche



Die Kirche St. Katharina in Stuttgart-Mitte

**Stuttgart** – Gute Nachrichten aus Berlin für Stuttgart: Mit 50.000 Euro wird der Bund die Sanierung der – von der alt-katholischen und der anglikanischen Gemeinde genutzten – Kirche St. Katharina in der Stuttgarter Innenstadt unterstützen. Dafür habe ich mich in Berlin bei der zuständigen Staats-

ministerin für Kultur und Medien, meiner Kollegin Professor Monika Grütters, eingesetzt. Mit der Kirchengemeinde freue ich mich über die zugesagten Mittel. Die Kirche St. Katharina ist ein unverzichtbares Baudenkmal in der Innenstadt und dringend

sanierungsbedürftig – davon habe ich mir Ende Juli auch ein persönliches Bild gemacht. Ich finde es bemerkens- und auch bewundernswert, was für ein Großprojekt die alt-katholische Gemeinde, die nicht an Kirchensteuereinnahmen teil hat, hier stemmt. Schön, dass es nun vorangehen kann!

### Wirtschaftsexperten-Kreis mit Michael Föll



Unser Expertenkreis trifft sich einmal monatlich zum Mittagessen in der „Note“ am Berliner Platz

**Stuttgart** – Am Dienstag, 28. Oktober, konnte ich den Ersten Bürgermeister Michael Föll in meinem Wirtschaftsexperten-Kreis begrüßen. Er hat zu aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Stuttgart berichtet. Wie entwickeln sich die Gewerbesteuererinnahmen? Wie wirken sich die neuen Einkaufszentren auf den lokalen

und regionalen Einzelhandel aus? Wie sieht das Flächenmanagement der Stadt bei Gewerbeflächen aus? Welche Rolle spielt die Landeshauptstadt mit einem jährlichen Investitionsvolumen von rund 750 Millionen Euro als Wirtschaftsfaktor? Welche Chancen bieten sich Stuttgart nach der Fertigstellung von Stuttgart 21 – und welche Herausforderungen beispielsweise bei der digitalen Infrastruktur müssen bewältigt werden? Das waren nur einige der Fragen, die wir diskutiert haben.

### 91. Jahrestag der Republik Türkei



Mit Generalkonsul Akitin (links) und dem Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschlands, Gökay Sofuoğlu **Stuttgart** – Aus Anlass des 91. Jahrestages der Gründung der Republik Türkei hatte der türki-

sche Generalkonsul in Stuttgart, Ahmet Akinti, am Mittwoch, 29. Oktober, zu einem Empfang in die Alte Reithalle geladen. Die Verständigung zwischen türkischen und deutschen Stuttgartern ist mir ein wichtiges Anliegen. Deshalb engagiere ich mich auch als Kuratoriumsmitglied des Deutsch-Türkischen Forums Stuttgart, das 1999 unter Altbürgermeister Manfred Rommel gegründet wurde.

### Flüchtlingsunterkunft in der Nordbahnhofstraße



Mit Hausleiter Gerhard Zettl-Reinthal vor der Gemeinschaftsunterkunft

**Stuttgart** – Bis vor zwei Jahren wurde es noch als Studentenwohnheim genutzt. Nun bietet es 135 Menschen aus aller Welt – vor allem aber aus dem Irak, Syrien und dem Kosovo – eine vorübergehende Bleibe. Betreut wird die Gemeinschaftsunterkunft von der Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt. Besonders gefreut habe ich mich darüber, dass es innerhalb des Hauses weder ethnische noch religiöse Konflikte gibt und das Zusammenleben gut

funktioniert. Das ist sicherlich auch den rund 20 Ehrenamtlichen aus dem Quartier zu verdanken, die mit Sprachunterricht, Vorlesestunden, Medienprojekten oder Spielgruppen das Leben im Haus bereichern und die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlasten. In einer der Drei-Zimmer-Wohnungen, die ich besichtigen durfte, leben ein tibetisches Ehepaar, eine alleinerziehende türkische Mutter und eine vierköpfige irakische Familie harmonisch zusammen. Die beiden irakischen Kinder gehen in die benachbarte Rosensteinschule, sprechen bereits nach nur einem Jahr Aufenthalt sehr gut Deutsch und haben auch schon Freundschaften geschlossen. Das ist ermutigend. Leider tun sich die Eltern häufig deutlich schwerer mit dem Spracherwerb.

### Besuch Berners Consulting



**Stuttgart** – Am 30. Oktober habe ich die Firma Berners Consulting in Stuttgart-Möhringen zum Thema Praktika besucht. Die Firma hat sich auf die Ver-

mittlung von Geschäftskontakten deutscher Unternehmen in China und Brasilien – und umgekehrt – spezialisiert. Aber auch in andere Staaten bestehen Geschäftsverbindungen. Auf dem Foto sind neben Unternehmensgründer Lutz Berners und Senior Consultant Miriam Fritz zwei Praktikanten zu sehen – ein chinesischer und ein schwäbischer.